

28.12.2005

Betrifft: Gefährdung humanitärer Arbeit durch die Bundesregierung

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Empörung muss ich feststellen, dass einige Abgeordnete auf der einen Seite zwar der Archäologien, Susanne Osthoff, sogar administrativ die Rückkehr in den Irak verweigern wollen, auf der anderen Seite aber genau jene Politik forcieren wollen, die humanitäres Engagement gerade gefährdet.

Beispielsweise erklärte der CDU-Außenpolitiker Eckart von Klaeden: "Bei Frau Osthoff scheinen die Maßstäbe verrückt zu sein." Sie sei eine Gefahr für sich selbst und andere Menschen" (Spiegel-Online 28.12.2005). Der CDU-Europa-Abgeordnete Roland Gewalt erklärte sogar: "Sollte Frau Osthoff trotz Warnung und Entführung wieder in den Irak reisen, halte ich es nicht für geboten, dass ihr die Bundesregierung erneut konsularischen Schutz bietet. Wir sind nicht für ihre Unvernunft verantwortlich."

Hier werden die Ursachen für die Gefährdung von sozial engagierten Menschen, die nach dem maßlosen und von der Bundesregierung bisher geduldeten und sogar unterstützten Terror der Koalition unter Führung besonders der USA unter G.W. Bush und Großbritannien gegen das irakische Volk, einfach in das Gegenteil gekehrt.

Wenn der jetzige Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Friedbert Pflüger, gegenüber der "Neuen Osnabrücker Zeitung" v. 28.12.2005 erklärt, dass die Bundesregierung anstrebe, sich noch stärker im Irak zu engagieren, da die „Verankerung von mehr Demokratie und Menschenrechten im Irak (...) fundamental im europäischen und deutschen Interesse" liegt, so verkennt er, dass gerade dies humanitäre Aktionen im Irak nachhaltig gefährdet. Der Bezug auf Menschenrechte und Demokratie setzt vor allem Folgendes voraus:

- Sofortigen Abzug sämtlicher ausländischen Truppen, die völkerrechtswidrig weiterhin den Irak besetzt halten
- Verurteilung der für die Kriegsverbrechen im Irak maßgeblichen Politiker entsprechend des Statuts des Internationalen Strafgerichtshofes
- Suspension nach Art. 5 UN-Charta der Bush-Regierung wegen Verstoßes gegen Kapitel VII UN-Charta und Aufnahme der Bush-Regierung auf die Terroristenliste der UN.
- Abzug aller deutschen Unternehmen aus dem Irak und das Einstellen deren Absicherung durch staatliche Hermes-Bürgschaften bis zum endgültigen Ende der Besatzung
- Ein Ende aller militärischen Beteiligungen und das Verbot auf deutschem Boden weiterhin die völkerrechtswidrige Besetzung des Irak zu unterstützen
- Verurteilung aller maßgeblichen deutschen Politiker nach StGB §§ 80, die vom deutschen Boden die Durchführung des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs gegen den Irak unterstützten und somit für die Zunahme des Terrors im Irak mitverantwortlich sind
- Finanzielle Unterstützung von humanitärer Hilfe im Irak und für den Aufbau eines Sozialsystems im Irak; die Werte dieses Landes müssen ausschließlich der eigenen Bevölkerung zu gute kommen.

Das Urteil des 2.Wehrdienstsenats beim Bundesverwaltungsgericht vom 02.06.2005 (BVerwG 2 WD 12.04) hat darüber hinaus auch klar gestellt, dass deutsche Soldaten sich nicht an Kriegshandlungen gegen den Irak beteiligen müssen (vgl. auch Spiegel-Online "*Bundesrichter werfen Schröder Unterstützung des Irak-Krieges vor*" v. 08.09.2005). Auch habe die Bundesregierung unter G. Schröder das Völkerrecht verletzt und sich gerade nicht neutral verhalten.

Solche Verletzung völkerrechtlicher Grundstandards ist mitverantwortlich für Terrorismus und die Gefährdung zivilen Engagement wie offensichtlich das von Frau Osthoff. Geht die jetzige Bundesregierung diesen gefährlichen Weg weiter und tritt nach außen als auch innen nicht für eine Beendigung der völkerrechtswidrigen Besatzung und Bestrafung von Kriegsverbrechen bezüglich des Iraks ein, gefährdet sie humanitäre Hilfe nicht nur im Irak. Frau Osthoff nun für eine Gefährdung verantwortlich machen zu wollen, an der man selbst maßgeblich mitgewirkt hat und auch weiterhin mitwirken will, ist für mich nur ein kläglicher Versuch, sich von den eigenen Schandtaten reinwaschen zu wollen.

Real nahm der Terrorismus auch in dem Maße zu, wie sich Deutschland im Ausland militärisch engagiert. Bisher fehlt auch der jetzigen Bundesregierung jegliche Konsequenz sich gegen Terrorismus eindeutig abzugrenzen. Dass es sich bei der Bush-Regierung um eine der aktuell gefährlichsten Formen des Terrorismus handelt, wie der neue Präsident von Bolivien, Evo Morales, jüngst treffend feststellte, scheint bei der Bundesregierung noch nicht angekommen zu sein. Sie paktiert weiterhin mit der terroristischen Bush-Regierung. Der Kampf gegen den Terrorismus ist jedoch nicht teilbar. Die Bundesregierung kann nicht erwarten, dass sie ernst genommen wird, wenn sie sich weiterhin hinter den Terrorismus der Kriegskoalition stellt. Deren Opfer bleiben so ungesühnt und erzeugen ein Weltbild von Gewalt gegen Gewalt, was dem Völkerrecht aber auch unserem Demokratieverständnis völlig fremd ist. Selbst die Lust an der Folter Unschuldiger durch die Bush-Terroristen und ihre Hilfstrupps, scheint auf manche deutsche Politiker ansteckend gewirkt zu haben.

Der Abzug sämtlicher deutschen Truppen aus dem Ausland, wie z.B. auch Afghanistan, ist der wichtigste deutsche Beitrag um den Terrorismus zurückzudrängen. Wer weiterhin „deutsche Interessen“, selbst am Hindukusch verteidigen will, fördert gewollt oder nicht den Terrorismus. Er sollte entsprechend auch zur Verantwortung gezogen werden.

Mit freundlichen Grüßen

(Armin Kammrad)